

**Niederschrift
über die Sitzung des Finanzausschusses am 12.09.2017
in der Gemeindeverwaltung, Ribnitzer Straße 21,
18181 Ostseeheilbad Graal-Müritz**

Beginn: 18.30 Uhr
Ende: 20.20 Uhr

Anwesend: GV Herr Behrens
GV Herr Schulz
Herr Kosubek sachkundiger Einwohner
Herr Oldach sachkundiger Einwohner
Frau Conteduca sachkundige Einwohnerin

Entschuldigt: GV Frau Dr. Chelvier
Herr Moelle sachkundiger Einwohner

v.d. Verwaltung: Herr Giese Bürgermeister
Herr Wollbrecht SGL Kämmerei
Frau Köneking Liegenschaften

Gäste: Herr Hancke

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 08.08.2017
4. Anfragen der Zuhörer und Finanzausschussmitglieder
5. Verpachtung Flurstück 206/19, Gemarkung Graal, Flur 1 - Anlage -
6. Aus- und Fortbildung von Mitgliedern des Finanz- und Rechnungsprüfungsausschusses –
Auswahl Angebote - Anlage -
9. Erhöhung der Vollzeitäquivalente in der Kämmerei - Anlage -
7. Informationen aus der GV-Sitzung vom 31.08.2017

Geschlossener Teil:

8. Sonstiges

TOP 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Finanzausschussvorsitzende, Herr Kosubek eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit mit 5 erschienenen Ausschussmitgliedern fest.

(FA v. 12.09.2017 TOP 1)

TOP 2 Genehmigung der Tagesordnung

Herr Giese hat zwischenzeitlich eine zusätzliche Vorlage „Erhöhung der Vollzeitäquivalente in der Kämmerei“ verteilt. Diese Vorlage wird als TOP 9 aufgenommen und nach TOP 6 behandelt. Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

(FA v. 12.09.2017 TOP 2)

TOP 3 Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 08.08.2017

Die Sitzungsniederschrift vom 08.08.2017 wird wie folgt bestätigt:

Ja-Stimmen: 4

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 1

(FA v. 12.09.2017 TOP 3)

TOP 4 Anfragen der Zuhörer und der Ausschussmitglieder

Es gibt keine Anfragen seitens der Zuhörer und Ausschussmitglieder.

(FA v. 12.09.2017 TOP 4)

TOP 5 Verpachtung Flurstück 206/19, Gemarkung Graal, Flur 1

Frau Köneking erläutert die Vorlage.

Es wird der Antrag auf Pacht einer 300 m² großen Gartenfläche beantragt. Bisher erfolgte die Nutzung der Antragsteller unentgeltlich – Nutzung gegen Pflege. Für Gartenflächen liegt derzeit die Pacht zwischen 0,50 € und 1,00 € pro Quadratmeter. Aus diesem Grund schlägt die Verwaltung eine Verpachtung zu 1,00 € pro Quadratmeter vor.

Herr Behrens merkt an, dass aufgrund der Grundstückspreisentwicklung in den letzten 2 bis 3 Jahren, auch eine höhere Pacht in Betracht kommen kann.

Nach kurzer Diskussion stimmen die Finanzausschussmitglieder über eine Änderung des Beschlussvorschlages mit einer Pacht über 2,00 € pro Quadratmeter ab:

Ja-Stimmen: 4

Nein-Stimmen: 1

Enthaltungen: 0

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Der Finanzausschuss beschließt:

Das Flurstück 206/19 der Gemarkung Graal, Flur 1, Größe 300 m², wird an den Eigentümer des Grundstückes Schwanenberg 8 als Gartenfläche verpachtet.

Der jährliche Pachtzins wird auf 2,- €/m² festgesetzt.

Im Pachtvertrag ist eine Anpassungsklausel auf der Basis des Verbraucherpreisindex zu verankern.

Ändert sich der Verbraucherpreisindex um mehr als 10 %, so ist der Pachtzins im gleichen Verhältnis anzupassen.

Eine erstmalige Anhebung des Pachtzinses kann drei Jahre nach Vertragsabschluss erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 4

Nein-Stimmen: 1

Enthaltungen: 0

(FA v. 12.09.2017 TOP 5)

TOP 6 Aus- und Fortbildung von Mitgliedern des Finanz- und Rechnungsprüfungsausschusses – Auswahl Angebote

Herr Giese erläutert die Vorlage.

Nach Empfehlung von KUBUS zur Durchführung eines Ganztagesseminars wurden 2 weitere Vergleichsangebote eingeholt.

Herr Behrens ist der Ansicht, dass neben dem Preis auch die persönlichen Befähigungen eine Rolle spielen.

Herr Wollbrecht erläutert, dass er bereits Seminare und Schulung vom Institut für Public Management und von Herrn Ludwig besucht hat. Beide führen Seminare und Fortbildungslehrgänge in Mecklenburg-Vorpommern, unter anderem über das Studieninstitut M-V durch. Hier kann folglich die fachliche und rhetorische Kompetenz bestätigt werden. Über KUBUS liegen hierhingehend keine Erfahrungswerte vor. Nach weiterer Beratung zu den Anbietern, entscheidet sich der Finanzausschuss für das Angebot des Instituts für Public Management aus Berlin.

Als nächstes wird die Problematik der Terminfindung besprochen. Herr Kosubek schlägt vor, eine Excel-Tabelle zu erarbeiten, in die sich jeder einträgt. Die beiden entschuldigten Finanzausschussmitglieder und die zwei Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses müssen auch an der Terminfindung beteiligt werden.

Die Auftragsvergabe ist nur bei einer Terminvereinbarung zu erteilen.

Herr Behrens weist nochmal daraufhin, welche Themen wichtig sind und unbedingt besprochen werden sollen. Neben den grundlegenden Zielen der Einführung des neuen doppischen Gemeindehaushaltswesens, sind dies auch Ziele und Kennzahlen innerhalb des Produkthaushaltes und die daraus resultierende zielorientierte Planung und die Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme der politischen Vertretung auf die Verwaltung.

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Der Finanzausschuss beauftragt den Bürgermeister die Durchführung der Schulung der 7 Mitglieder des Finanzausschusses und der 2 zusätzlichen Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses im Rathaus der Gemeinde Graal-Müritz durch die Firma Institut für Public Management, Berlin zu der Angebotssumme i.H.v. 1.309,00 € zu veranlassen, vorbehaltlich einer Terminvereinbarung.

Die Mittel werden vorerst aus dem Sachkonto für Aus- und Fortbildung finanziert. Wenn die verbleibenden Mittel für die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter nicht ausreichen sollten, wird eine Deckung der überplanmäßigen Aufwendungen im Teilhaushalt gewährleistet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig.

(FA v. 12.09.2017 TOP 6)

TOP 9 Erhöhung der Vollzeitäquivalente in der Kämmerei

Herr Giese bedankt sich, dass die Vorlage problemlos in die Tagesordnung aufgenommen worden ist, da es krankheitsbedingt versäumt worden ist, diese Vorlage für den Finanzausschuss vorzubereiten. Behandelt werden soll hier die Erhöhung der Vollzeitäquivalente der Kämmerei von 4 VZÄ auf 4,25 VZÄ, was im Endeffekt die Aufstockung einer 30-h-Stelle auf 40 Stunden bedeutet. Bedingt ist dies einerseits durch den Antrag der entsprechenden Stelleninhaberin und zum anderen durch zusätzliche Aufgabengebiete, die in Zukunft in der Kämmerei anfallen. Hierdurch soll eine junge Fachkraft gehalten werden.

Herr Wollbrecht erläutert, aus welchem Grund es erst jetzt zu solch einer Vorlage kommt. Die vorherige Stelleninhaberin hatte kein Interesse an der Aufstockung der Arbeitszeit. Da die Schaffung und Besetzung einer zusätzlichen Stelle mit einer so geringen VZÄ als unwahrscheinlich eingestuft worden ist, kam es hier zu keinen weiteren Überlegungen in der Vergangenheit.

Herr Giese erläutert, dass es zwischenzeitlich ein weiteres Ereignis gegeben hat, welches die Dringlichkeit einer Entscheidung begründet. So muss durch einen längerfristigen, krankheitsbedingten Ausfall die Sachbearbeitung des Wohngeldes umverteilt werden. Hier hat sich die Antragstellerin bereit erklärt, die Vertretung für die Krankheit zu übernehmen. Dies kann durch die Aufstockung der Stundenzahl gewährleistet werden.

Eine langfristige Aufstockung soll durch die genannten zusätzlichen Aufgaben erfolgen.

Die Lösung der Aufstockung für die Krankheitsvertretung befürworten alle Finanzausschussmitglieder. Gleichzeitig herrscht Einigkeit, dass man junge Fachkräfte halten sollte, da die Wiederbesetzung von Stellen immer schwieriger wird.

Herr Kosubek bemängelt allerdings das Personalentwicklungskonzept. Hier muss langfristiger Gedacht werden, um die Verwaltung zukunftsfähig zu erhalten.

Bisher werden Maßnahmen erst ergriffen, wenn akuter Handlungsbedarf besteht.

Herr Behrens schlägt vor, dass die Stundenerhöhung zu befristen ist. Er versteht die Notlage und dass die Kollegin gehalten werden soll, aber ihm fehlt eine ausführliche Aufgabenkritik und Begründung des Mehrwertes für Bürger. Dies wäre in der Zeit der Befristung nachzuholen.

Herr Oldach bemängelt, dass eine Befristung kontraproduktiv wäre, um jemanden langfristig an die Verwaltung zu binden.

Herr Giese schlägt vor, dass die Stundenaufstockung der Kollegin nicht befristet wird, dafür aber die Zuordnung der zusätzlichen VZÄ im Stellenplan.

Der Finanzausschuss folgt diesem Vorschlag mit 3 Ja-Stimmen und empfiehlt die unbefristete Erhöhung der Stundenzahl im Arbeitsvertrag, mit gleichzeitiger Befristung der zusätzlich 0,25 VZÄ in der Kämmerei im Stellenplan bis zum Jahresende 2018. Sollte hier keine ausführliche Begründung zur

dauerhaften Schaffung von 0,25 zusätzlichen VZÄ in der Kämmerei erfolgen, wird im Stellenplan 2019 eine Reduzierung dieser vorgenommen. Hier ist durch Aufgabenumverteilung zu gewährleisten, dass der Stellenplan eingehalten wird.

Die Finanzausschussmitglieder würden es befürworten, wenn sich die Verwaltung mit Ihrer Organisation und dem Verwaltungsaufbau beschäftigt. Die Stellenbewertungen durch KUBUS stellen hier eine gute Arbeitsgrundlage dar. Diese sollten auch für weitere Überlegungen genutzt werden. Es muss dem Fachkräftemangel vorgebeugt werden und eine zukunftsfähige Verwaltung geschaffen werden. Herr Kosubek hält hier die Beteiligungen eines externen Dienstleisters für sinnvoll. Herr Behrens fände es besser, wenn der Ansatz hierzu aus der Verwaltung kommen würde. Diese Thematik sollt gesondert nochmals behandelt werden.

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Der Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung die Vollzeitäquivalente der Kämmerei um 0,25, befristet bis zum Jahresende 2018, zu erhöhen und bis dahin der Stelle mit der lfd. Nr. 10 „Steuern, Abgaben“, des Stellenplanes 2017 und 2018 zuzuordnen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig.

(FA v. 12.09.2017 TOP 9)

TOP 7 Informationen aus der GV-Sitzung vom 31.08.2017

- Jahresabschluss des Eigenbetriebes „Tourismus- und Kurbetrieb“ für das Wirtschaftsjahr 2015
- Vergabe Straßennamen Planstraße „Müritz-Mitte“
- Umbenennung Weg „An der Schleuse“ in „Am Schöpfwerk“
- Bauantrag Nutzungsänderung Verkaufsraum zum Eiscafé, Kurstraße
- Bauantrag nachträgliche Genehmigung Außenterrasse Restaurant „Hermes“
- Festsetzung der Ersatzpflanzungen von Bäumen in der Bahnhofstraße
- Grundstücksangelegenheiten

(FA v. 12.09.2017 TOP 7)

Herr Hancke verlässt die Sitzung.

Ende öffentlicher Teil.



Mario Kosubek
Finanzausschussvorsitzender



Tilo Wollbrecht
Protokollführer